

Samstag, 27. Februar 2016
Grüne lehnen Brandholzspange ab

Neu-Anspach (red). Die Neu-Anspach Grünen lehnen die von der CDU ins Gespräch gebrachte Verbindung der Kreisstraße K 723 zur Bundesstraße B 275 über die sogenannte Brandholzspange ab. Dies betonte die Partei in einer Presseerklärung. Hier solle wohl ein weiterer Einschnitt in die Landschaft erfolgen, für den keine Notwendigkeit bestehe und der außerdem mit Kosten im Millionenbereich verbunden wäre. „Geld, das die Stadt nicht hat. Geld, das sie über erhöhte Gebühren von den Bürgern einziehen müsste. Die CDU glaubt, kurz vor der Wahl global handeln zu müssen und denkt dabei leider nur lokal“, so der Fraktionsvorsitzende Hans Bruns.

Der Bau der Brandholzspange würde ausschließlich den Durchgangsverkehr, Pendler und die staugeplagten Nutzer der A3 und A5 entlasten, nicht aber Hausen-Arnsbach und Westerfeld. „Die Herren der CDU sollten endlich ihr Versprechen einlösen und die Ortsdurchfahrten für den Lkw-Verkehr sperren. Das kostet sicher Mühe und Verhandlungsgeschick, hat aber für die Anwohner mehr Nutzen als weitere Millionenbeträge, die auf Brandholz in den Wald betoniert werden.“

Regina Schirner, Spitzenkandidatin der Neu-Anspacher Grünen, fügt hinzu: „Durch die Eröffnung des letzten Abschnitts der Heisterbachstraße besteht mittlerweile eine gute Verbindung über die Usinger Süd-Tangente. Eine Verkehrsentlastung der Stadtteile Hausen-Arnsbach und Westerfeld ist bereits dadurch gegeben und kann durch ein Durchfahrverbot für den Schwerlastverkehr durchgesetzt werden.“

Viel Geld, wenig Erfolg

Kein Lastwagen müsse sich über die Straße am Grünwiesenweiher vorbeischlängeln und durch die engen Straßen von Hausen-Arnsbach kämpfen, wenn nur wenige hundert Meter weiter gut ausgebaute Straßen wie die Usinger Süd-Tangente erreichbar sind.

„Schon seit Jahrzehnten gibt es keine gemeinsame Verkehrspolitik mit den Nachbarkommunen. Usingen und Neu-Anspach haben mit viel Geld und wenig Erfolg versucht, ihre größer werdenden Probleme alleine zu lösen, statt über ihre Stadtgrenzen zu blicken. Mit den Konsequenzen müssen wir uns heute auseinandersetzen“, kritisiert die grüne Spitzenkandidatin abschließend.